

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

74. Sitzung

Berlin, Freitag, den 15. Dezember 2006

Inhalt:

...

Tagesordnungspunkt 26:

Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Erster Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans zur zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung – Sicherheit und Stabilität durch Krisenprävention gemeinsam stärken**

(Drucksache 16/1809)
7458 C

Gernot Erler, Staatsminister AA
7458 C

Hellmut Königshaus (FDP)
7459 D

Holger Haibach (CDU/CSU)
7461 B

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
7463 A

Uta Zapf (SPD)
7464 B

Heike Hänsel (DIE LINKE)
7465 D

74. Sitzung

Berlin, Freitag, den 15. Dezember 2006

Beginn: 9.00 Uhr

(A)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Erster Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans zur zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung – Sicherheit und Stabilität durch Krisenprävention gemeinsam stärken

– Drucksache 16/1809 –

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Hierzu soll eine dreiviertelstündige Debatte stattfinden. Ich stelle dazu Einvernehmen fest. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst Staatsminister Gernot Erler.

(B) **Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 12. Mai 2004 hat die rot-grüne Bundesregierung den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ vorgelegt. Er enthielt mehr als 160 Handlungsvorschläge, baute auf einer Reorientierung von Sicherheitspolitik seit dem Jahr 2000 auf und reflektierte Erfahrungen mit verschiedenen Konflikten, unter anderem auf dem Balkan und später auch in Afghanistan.

Zwei Jahre später, am 31. Mai 2006, hat das Bundeskabinett den ersten Bericht zur Umsetzung dieses Aktionsplans verabschiedet und vorgelegt. Auf 133 Seiten wird hier bilanziert, was zwischen Mai 2004 und Mai 2006 erreicht werden konnte. Dieser Bericht stellt fest: Der Aktionsplan hat das deutsche Engagement bei Krisenpräventionsmaßnahmen verstärkt und das auch international sichtbar gemacht. Der Aktionsplan hat insgesamt zu erhöhter Aufmerksamkeit auf diesen Politikbereich geführt und dazu beigetragen, dass heute Krisenprävention zunehmend Teil von Sicherheitspolitik geworden ist. Diese Erkenntnis hatte sich auch in dem kürzlich vom Deutschen Bundestag beratenen **Weißbuch** zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006 niedergeschlagen. Ich

möchte daraus eine kurze Passage in Erinnerung rufen. Dort heißt es wörtlich:

Sicherheit kann weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist. Das Gesamtkonzept der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ ist ein Baustein hierzu.

Dieser Baustein wird immer wichtiger. Warum? Weil jeder sieht, dass ein alleiniges Setzen auf Fähigkeiten, Konflikte, wenn sie ausbrechen, durch **militärische Intervention** unter Kontrolle zu bringen, große Risiken birgt. Wir wissen aus dem Balkan und aus Afghanistan, dass das Risiko besteht, dass jede solche Intervention zu einer sehr aufwendigen Langzeitverantwortung führt und dass dabei tendenziell eine Überforderung, ein so genanntes Overstretching, der Weltgemeinschaft entsteht. Die Alternative ist in der Tat eine wirksamere, vorausschauende Friedenspolitik, eine bessere und frühzeitige Analyse, Early Warning, und eine bessere und frühzeitige Antwort, Early Action, auf drohende Konflikte, also letztlich die **Verhinderung von Krisen**, bevor sie überhaupt richtig ausbrechen können.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Baustein ist aber auch wichtig, weil wir die Erfahrung machen, wie schwierig Friedenskonsolidierung, also die langfristige Stabilisierung nach einer vorläufigen Konfliktlösung, ist. Wir verdanken dem scheidenden UN-Generalsekretär Kofi Annan die Erkenntnis, dass 50 Prozent aller schon gelösten Konflikte nach fünf Jahren wieder virulent werden und wieder ausbrechen. Weil das so ist, ist es kein Wunder, dass zivile, präventive und friedenskonsolidierende Missionen immer wichtiger werden. Es ist kein Zufall, dass von den 15 laufenden Maßnahmen im Rahmen der ESVP heute 13 ziviler und nur zwei militärischer Natur sind. In diese Richtung geht es weiter.

Während unserer Ratspräsidentschaft in der EU werden wir wahrscheinlich die bisher umfangreichste Rechtsstaatsmission in der bisherigen Geschichte der ESVP auf den Weg bringen, nämlich die im **Kosovo**. Dort werden etwa 950 Spezialisten plus 250 Polizisten eingesetzt, die auf Crowd-and-Riot-Control spezialisiert sind. Wir werden vielleicht darüber beraten müssen, was das Ergebnis der Fact-Finding-Mission ist, die gerade in **Afghanistan**

(D)

(A) war und die dort über eine Polizeimission Fakten gesammelt hat. Wir werden uns sicher darüber unterhalten, wie es im **Kongo** weitergehen soll, wo im Augenblick zwei zivile Missionen in Sachen Sicherheitssektor und Polizei sind, um den schönen Erfolg im Kongo, den die Weltgemeinschaft und speziell die EU erreicht haben, mit der EUFOR abzusichern. Es gibt sogar schon erste Überlegungen über künftige ESVP-Aufgaben in **Zentralasien**. Das alles zeigt die Vitalität der Nachfrage nach wirksamen Missionen im Bereich ziviler Krisenprävention. Damit zeigt sich auch die Bedeutung der Umsetzung des Aktionsplans, dessen Bericht wir hier beraten.

Der Bericht der Bundesregierung zeigt allerdings auch, dass noch viel zu tun ist. Dessen ist sich die Bundesregierung bewusst. Ich will hier fünf Punkte stichwortartig anführen: Erstens. Wir brauchen ein **Missionspersonalgesetz**, um den Rechtsstatus von Leuten, die bei ziviler Krisenprävention eingesetzt werden, zu klären. Zweitens. Wir sind uns noch nicht klar, wie genau das **Ressourcenpooling**, das wir auch brauchen, gestaltet werden soll. Drittens. Wir müssen klären, wie die Beiträge der **Privatwirtschaft** zur Friedensförderung systematisch unterstützt werden können. Viertens. Wir müssen sehen, dass die internationalen, **multilateralen Strukturen** gestärkt werden. Das gilt auch für unser Engagement bei der kürzlich erst gebildeten UN-Peacebuilding Commission. Allein die Bildung dieser Kommission zeigt, wie aktuell der deutsche Ansatz ist. Fünftens. Schließlich brauchen wir eine bessere internationale Vernetzung der Akteure, das heißt **Zusammenarbeit der EU mit den europäischen NGOs**, die sich mit ziviler Krisenprävention beschäftigen. Das alles sind Erkenntnisse aus diesem Bericht, den wir heute hier beraten.

Abschließend möchte ich feststellen: Zivile Krisenprävention ist nicht mehr ein Randthema oder ein Thema für Sonntagsreden. Das Thema ist bei uns und zunehmend weltweit in die Mitte verantwortungsbewusster Sicherheitspolitik gerückt. Dazu hat die deutsche Politik seit 2000 und besonders mit der Arbeit an dem Aktionsplan seit 2004 nicht unwesentlich beigetragen. Es besteht eine belastbare, glaubwürdige Selbstverpflichtung der Bundesregierung, sichtbar in diesem Aktionsplan, sichtbar aber auch im Koalitionsvertrag, der ausdrücklich auf die Umsetzung dieses Aktionsplans hinweist. Das Ganze findet im Rahmen der europäischen Sicherheitsstrategie statt. Wir können eigentlich jeden Vergleich aushalten, was die Umsetzung dieser europäischen Sicherheitsstrategie angeht.

(C)

Die Bundesregierung will die Arbeit an dem Großthema zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung fortsetzen. Sie bittet dabei um die kritische Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen, die sich für dieses Thema interessieren.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der anderen auch!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen alles Gute und mir selber gute Besserung.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Hellmut Königshaus, FDP-Fraktion.

Hellmut Königshaus (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, lieber Herr Staatsminister, das Thema ist aus der Sicht der Bundesregierung doch ein Randthema; wenn ich die Präsenz auf der Regierungsbank betrachte, sieht das jedenfalls so aus.

(Beifall bei der FDP – Ute Kumpf [SPD]: Die ist proportional zu unserer Präsenz!)

Joschka Fischer hatte gestern, wie man weiß, keinen besonders guten Auftritt. Aber heute möchte ich ihn loben. Denn der von ihm verantwortete Aktionsplan zur zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung war eine wichtige Initiative. Sie eröffnet große Chancen, jedenfalls wenn sie richtig umgesetzt wird.

(D)

Der **Vorrang der Prävention** und des Zivilen vor der rein militärischen Reaktion ist natürlich ein vernünftiger Ansatz, wenn die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Leider ist das nicht ganz selbstverständlich. Auch wir hier im Hohen Hause haben immer wieder erlebt, dass wir Militäreinsätze fast schon routinemäßig beschließen und beschließen müssen.

Der Aktionsplan unternimmt wenigstens den Versuch, solchen Krisen vorzubeugen, mit zivilen Mitteln einzugreifen und insbesondere durch eine kohärente Politik ressortübergreifend die Kräfte zu bündeln, bevor ein Militäreinsatz erforderlich wird.

(Beifall bei der FDP)

Dadurch wird zugleich versucht – auch das ist gut –, Ressortegoismen dem großen Ziel unterzuordnen. So weit, so gut.

Leider verliert sich die Umsetzung des Aktionsplans allerdings in Kleinigkeiten und

(A) Einzelheiten. Vielleicht – das kann man sicherlich konzidieren – ist das der Preis, den man zahlen muss, wenn man bestimmte Aufgaben zwar ressortübergreifend berät, aber in den einzelnen Häusern entscheiden lassen muss. Hier werden wieder **Reibungsverluste** sichtbar, die beispielsweise der leidigen Trennung von AA und BMZ geschuldet sind. Das will ich hier jetzt nicht vertiefen.

Aber eines muss man feststellen: In dem eigens gebildeten Ressortkreis geben die Mitarbeiter ihr Bestes. Das gilt auch für die Mitglieder des beim AA angesiedelten **Beirats**, zu denen übrigens viele Vertreter von NROs gehören, aber auch viele Mitarbeiter von internationalen Unternehmen. Das ist nicht selbstverständlich. Ihnen gebührt der besondere Dank der FDP-Fraktion und, wie ich annehme, des ganzen Hauses.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich nehme an, dass diesen Dank auch die Kolleginnen und Kollegen von der Union und der Linken teilen,

(Holger Haibach [CDU/CSU]: Wir haben geklatscht!)

(B) obwohl sie dem Beirat bisher noch keinerlei Zeichen von Teilnahme gezeigt haben. Das wird sich hoffentlich ändern. Die Kollegin Hänsel, die noch in letzter Minute ihren Beitrag hier angemeldet hat – normalerweise nennt man das eine Spätberufene –, wird uns sicher erklären, dass auch die Linken dieses Thema ernst nehmen.

Trotz der genannten Hemmnisse und Hindernisse ist es also insgesamt ein lobenswertes Vorhaben. Aber was hat sich an positiven Ansätzen konkret daraus entwickelt? Wir wissen es: leider nicht besonders viel. Der Bericht selbst belegt dies. Es ist Kleinkram. Es fehlt einfach der politische Wille, den mit dem Aktionsplan verfolgten Zielen wirkliche **Priorität** zu geben. Hier muss das punktuelle Lob, das ich eben für Rot-Grün und Fischer ausgesprochen habe, in Kritik umschlagen. Wir wissen alle, dass die Krisenprävention bei Joschka Fischer in der praktischen Politik nicht an erster Stelle stand. Das ist leider Gottes heute nicht wesentlich anders. Das Thema ist so wesentlich, dass es die Richtlinienkompetenz auf den Plan rufen muss. Es muss Chef- bzw. Chefinnensache sein; denn sonst fehlt es – das ist klar – an Geld, Aufmerksamkeit und auch Durchsetzungskraft.

(Beifall bei der FDP)

Ich will in diesem Zusammenhang das Beispiel **Afghanistan** in Erinnerung rufen. Wir

wissen alle, dass die Entwicklung dort dramatisch ist und dass der militärisch fast gewonnene Konflikt in das Gegenteil umzuschlagen droht, weil es beim Aufbau nicht vorangeht und weil das Vertrauen der Menschen dort verloren geht. Das wird von der Bundesregierung und insbesondere vom BMZ allerdings nicht ernst genommen. (C)

(Uta Zapf [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr!)

Während in aller Welt erzählt wird, wie wichtig für uns Deutsche die **zivile Aufbauhilfe** sei, stattet die Bundesregierung sie nur mit einem ganz mickrigen Aufwuchs in Höhe von 5 Millionen Euro aus. Die Ministerin lässt per Pressemitteilung sinngemäß erklären, es werde schon jetzt genug für Afghanistan getan, und rechtfertigt, in der Haushaltsdebatte darauf angesprochen, das im Übrigen auch noch. Das ist peinlich.

(Uta Zapf [SPD]: Das hat sie anders gesagt!)

Wo ist denn die **Ministerin** oder ein Vertreter ihres Ministeriums heute, da wir dieses Thema behandeln? Die Ministerin fährt lieber um die Welt, um mit einem Pulk von Journalisten und mit einem Jubelchor von Koalitionsabgeordneten in Indonesien eine Homestory mit schönen Fotos zu produzieren. So sollte man an dieses wichtige Thema nicht herangehen. (D)

(Beifall bei der FDP – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht um Aceh! Das sollten Sie nicht so herabwürdigen!)

– Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass die Katastrophe von Aceh schon zwei Jahre zurückliegt. Man hätte also auch zu einem anderen Zeitpunkt dorthin fahren können.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Jetzt werden Sie aber kleinlich!)

Da ein Thema auf der Tagesordnung steht, das im Zentrum unserer Aufmerksamkeit liegen sollte, hätte die Ministerin heute hier und nicht dort sein müssen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Das ist kleinlich!)

Hier zeigt sich, dass für die Ministerin die Öffentlichkeitsarbeit mit „Frau im Spiegel“ wichtiger ist als die mit dem „Spiegel“.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Oh! Das ist ein Niveau!)

Diese Geringschätzung der Krisenprävention in der praktischen Arbeit ist das Problem, mit dem wir uns auseinander setzen sollten. Sie sollten genauso wie wir einmal danach fragen,

- (A) wo eigentlich die ordnende Hand ist, die tatsächlich Prioritäten setzt.

Rund ein halbes Prozent unserer gesamten EZ-Mittel gehen zurzeit nach Afghanistan. Obwohl wir am Hindukusch, wie der jetzige SPD-Fraktionsvorsitzende und ehemalige Verteidigungsminister – er ist sozusagen ein Sachverständiger in dieser Frage – sagt, –

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

Hellmut Königshaus (FDP):
– ich habe es gesehen, Herr Präsident – unsere Freiheit verteidigen, passiert nichts Adäquates.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Jetzt wird es auch Zeit!)

Der Plan ist also gut. Aber seine Verankerung in den Köpfen ist leider miserabel und seine Umsetzung deshalb weitestgehend misslungen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Das war keine Rede, sondern eine Zumutung, eine vorweihnachtliche Zumutung!)

Da ich außerhalb meiner Redezeit keine Weihnachtswünsche mehr äußern darf, möchte ich wenigstens darum bitten, dass die Bundesregierung für das neue Jahr gute Vorsätze fasst und sich vornimmt, diesen Aktionsplan wenigstens zu lesen. Wir wünschen uns, Frau Kollegin Zapf, dass er in konkrete Politik umgesetzt wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP – Uta Zapf [SPD]: Im Beirat haben Sie sich ganz anders geäußert!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Nächster Redner ist der Kollege Holger Haibach für die CDU/CSU-Fraktion.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Jetzt steigt das Niveau wieder! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da muss er sich noch nicht einmal anstrengen!)

Holger Haibach (CDU/CSU):
Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei aller vorweihnachtlichen Friedfertigkeit, Herr Kollege Königshaus, muss ich sagen: Was Sie eben von sich gegeben haben, kann man nicht unkommentiert stehen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich glaube, die Entwicklung im **Kongo** und die Aufgaben, die Deutschland im Bereich der

Friedenskonsolidierung und der Konfliktprävention in vielen anderen Ländern übernommen hat – zum Beispiel werden 885 Millionen Euro für Entwicklungshilfe in **Afghanistan** ausgegeben – zeugen davon, dass in der Bundesregierung und in den sie tragenden Fraktionen sehr wohl der Wille existiert, an dieser Stelle etwas zu tun. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Der Ruck setzt sich Tag und Nacht dafür ein!)

Es ist daher richtig, wenn wir versuchen, vorurteilsfrei an die Sache heranzugehen und zu schauen, was in den letzten beiden Jahren wirklich passiert ist.

(Walter Kolbow [SPD]: So ist das!)

Niemand bestreitet doch, dass dieser Bereich ausbaufähig ist. Jeder von uns würde gerne mehr Mittel zur Verfügung stellen, damit mehr getan werden kann. Aber schauen Sie einmal auf den Rest von **Europa** und auf die **anderen Kontinente**. Viele Länder dieser Welt haben das Instrument der zivilen Krisenprävention, der Konfliktlösung und der Friedenskonsolidierung gerade erst entdeckt. In Deutschland sind wir immerhin schon so weit, dass wir diesen Weg seit zwei Jahren gehen. Natürlich ist dies immer noch ein zartes Pflänzchen; aber es ist immerhin eines vorhanden und wir brauchen nicht erst noch den Samen zu streuen. Auch das sollten Sie bei aller notwendigen Kritik seitens der Opposition anerkennen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich glaube, dass in dem heute vorliegenden Bericht sehr deutlich gemacht wird, wo in Zukunft unsere Schwerpunkte liegen müssen.

Ich möchte auf das zu sprechen kommen, was der Kollege Königshaus gesagt hat: Wir sind in letzter Zeit sehr häufig dafür kritisiert worden, dass wir uns zu wenig an harten **Militäreinsätzen** beteiligen,

(Zuruf von der FDP: Aber nicht von uns!)

dass wir nicht an diesem internationalen Einsatz teilnehmen und nicht in jenes Land gehen. Wir leisten aber einen wichtigen Beitrag. Die Konsolidierung von Friedensprozessen und die Konfliktprävention sind vielleicht nicht sehr spektakulär; denn sie liefern nicht solche Bilder, wie sie Kriegseinsätze liefern. Aber sie wirken zum Schluss dauerhafter und nachhaltiger und verdienen deshalb unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ist es in diesem Zusammenhang schwierig, einen **ressortübergreifenden Ansatz**

- (A) zu wählen. Aber es ist immerhin gelungen. Ich finde, dass man an vielen Stellen sehr deutlich sehen kann, wo wir Möglichkeiten und Chancen haben. Natürlich gibt es Länder, von denen wir heute sagen: Da sind wir nicht so weit, wie wir gerne wären. Das ist gar keine Frage.

Mir fällt in diesem Zusammenhang auch **Afghanistan** ein. Afghanistan ist ein Land, das unsere volle Aufmerksamkeit verdient; über die Mittel, die dort hinfließen, habe ich schon gesprochen. Es ist ein Land, für dessen Stabilisierung wir alle Kräfte – in diesem Fall von der klassischen Verteidigungs-, also Militärpolitik, über die klassische Außenpolitik und die Menschenrechtspolitik bis hin zur Entwicklungspolitik – bündeln müssen. Gerade an dieser Stelle sollten wir die Entwicklungspolitik viel mehr als strategisches Element und strategisches Moment begreifen; denn nur sie kann dabei helfen, soziale Verwerfungen zu beseitigen und nachhaltige Lösungen zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich denke dabei gerade an den Bereich, der sicherlich mit am wichtigsten ist: die Verbreitung von **Drogen**. Dies ist eine große Aufgabe; das ist gar keine Frage. Sie lässt sich nicht nur mit militärischen Mitteln lösen. Wir haben zum einen ein Mentalitätsproblem und zum anderen vor allen Dingen das Problem zu lösen, dass wir denjenigen, die Drogen anbauen, eine tatsächliche Alternative bieten müssen, damit sie damit aufhören, Drogen anzubauen. Da sind unsere Kreativität und unsere Mittel gefragt; denn wir können an dieser Stelle nur dann etwas erreichen, wenn wir echte Alternativen haben. Zu sagen: „Baut irgendein Getreide an“, das dann vielleicht nur ein Zehntel oder ein Hundertstel des Gewinnes abwirft, den der Drogenanbau bringt, wird keine Lösung sein. Auch das sollten wir für die Zukunft sehen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein Weiteres, wenn wir über Afghanistan reden. Wir haben es mit einem Land zu tun, das eine Grenze zu Pakistan hat. Diese Grenze ist, wenn wir über die Verbreitung und den Transport von Drogen reden, ein großes Problem für uns; das wissen wir alle. Es gibt noch keine richtige Lösung dafür. Aber ich glaube, auch hierin liegt durchaus ein Ansatz für entwicklungs- und menschenrechtspolitische Maßnahmen. Wir haben es nun einmal mit einer **Grenzregion** zu tun, die sich nicht mit einer europäischen Grenzregion oder einer auf dem amerikanischen Kontinent vergleichen lässt. Es leben dort Menschen, die sich nicht zwingend als Afghanen oder Pakistanis bezeichnen würden. Es sind vielleicht **Paschtunen** oder

Angehörige einer anderen Volksgruppe. Es gehört für uns dazu, zu lernen, dass die Mentalitäten anders sind. Wir müssen uns auf diese anderen Mentalitäten einstellen und sie bei unseren Maßnahmen im Bereich der Entwicklungspolitik berücksichtigen. (C)

So könnte man viele andere Gebiete auf dieser Welt beleuchten. Ich möchte daher – es hat in der Debatte vorhin eine Rolle gespielt – noch den **Sudan** ansprechen. Da erleben wir eine verkehrte Welt. Die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen hätte vielleicht vor zehn Jahren nicht so gesprochen, wie sie es heute tut, wenn es um die Frage geht: Brauchen wir mehr Militär an dieser Stelle in der Welt? Dazu sage ich ganz deutlich: Natürlich hat das etwas mit militärischem Engagement zu tun. Aber es ist doch unverantwortlich, Soldaten in eine Mission zu schicken, von der wir von vornherein wissen, dass sie angesichts der gegenwärtigen Situation keine Aussicht auf Erfolg hat. Dementsprechend brauchen wir auch hier einen übergreifenden Ansatz und eine übergreifende Lösung. Ich glaube nicht, dass wir mit kurzfristigen Aussagen weiterkommen, mögen sie auch recht interessant sein.

In einem Land, wo das bis vor einigen Monaten vielleicht nicht ohne weiteres denkbar gewesen wäre, können wir gewisse Entwicklungen feststellen: in den **USA**. Der **Baker-Report** hat dort gerade die große Runde gemacht. Der Bericht behandelt zum einen die Frage des zukünftigen militärischen Engagements. Daneben enthält er aber einen wichtigen Hinweis: Wir brauchen einen **breiteren Politikansatz**, der alle Politikfelder sowie die handelnden Personen und Institutionen einbezieht. Ich denke, dass Deutschland aufgrund seiner guten Expertise, die es in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gewonnen hat, einen wichtigen Beitrag leisten kann. Das gilt vielleicht nicht unbedingt für den persönlichen Kontakt; wir sollten uns aber einbringen, denn wir haben die entsprechende Expertise und können etwas erreichen. Ich glaube, dass wir einen solchen Beitrag leisten können und auch leisten müssen. Die vernünftige Einbindung von Nichtregierungsorganisationen ist in diesem Zusammenhang ganz wichtig. Ich habe den Eindruck, dass auch insoweit bereits ein wichtiger Schritt getan wurde. (D)

Es wird immer wieder gefragt: Was macht die Bundesregierung, und was macht die Bundesregierung nicht? Deutschland verfügt – das will ich an dieser Stelle erwähnen, weil es immer wieder vergessen wird – mit dem **Zentrum für Internationale Friedenseinsätze** über ein ganz hervorragendes Instrument zur

- (A) Ausbildung von Menschen, die an Friedensmissionen beteiligt sind. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Das sollte man in dieser Debatte einmal deutlich erwähnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Interessanterweise ist der Kollege Königshaus ja Mitglied des Aufsichtsrats. Deswegen finde ich es ausgesprochen spannend, dass er das an dieser Stelle leider gar nicht gesagt hat.

In dem Bericht kann man nachlesen, wo sich Deutschland überall engagiert. Ich zähle es einmal auf: bei Missionen der Europäischen Union und der UN in den Ländern Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Afghanistan, Sudan, Äthiopien, Eritrea, Georgien, Sierra Leone, Liberia, Mazedonien, Aceh in Indonesien, Moldau/ Ukraine und am Grenzübergang Raffah zwischen Ägypten und dem Gazastreifen. Dazu kommen 180 OSZE-Missionen und 10 Missionen des Europarates. Ich glaube nicht, dass man davon sprechen kann, dass sich Deutschland zu wenig engagiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Natürlich ist es wichtig – Herr Staatsminister Eler hat das schon angesprochen –, dass wir die Kräfte in Zukunft bündeln; das muss die Aufgabe der kommenden Jahre sein. Wir wissen, dass uns nicht die finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen werden, die wir eigentlich bräuchten. Deshalb ist es notwendig, dass wir uns besser verzahnen, dass wir uns hinsichtlich der Initiativen mit anderen Ländern zusammenschließen. Wir müssen dieses Thema in der Europäischen Union und der transatlantischen Partnerschaft in den Vordergrund rücken.

Ich habe vor zwei Tagen ein Gespräch mit Mitarbeitern des britischen Außenministeriums geführt. Sie versuchen in diese Richtung etwas, was beispielhaft ist. Ich denke, dass wir dort und auch jenseits des Atlantiks gute Anknüpfungspunkte finden.

Wir haben es, so meine ich, mit einer durchaus erfolgreichen Angelegenheit zu tun. Ich kann die Bundesregierung nur ermuntern, auf diesem Weg weiterzufahren.

Ich wünsche uns allen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort nun dem Kollegen Winfried Nachtwei, Bündnis 90/Die Grünen.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Eler, Herr Botschafter Däuble, bitte bestellen Sie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseren ganz herzlichen Dank dafür, dass sie diesen Bericht zusammengestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Manfred Grund [CDU/CSU]: Das ist staatsmännische Opposition!)

Dieser Bericht zeigt erneut, in welcher Breite und Intensität in diesem Bereich schon seit längerem vonseiten der Bundesregierung gearbeitet wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Im Unterschied zum ursprünglichen Aktionsplan kommt es in diesem ersten Überprüfungsbericht erstmals zu Schwerpunktsetzungen, was sehr wichtig ist. Defizite – den Ball werde ich gleich noch stärker aufnehmen – werden zumindest angedeutet.

Zur Erinnerung: Der Aktionsplan „Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ geht auf zwei wesentliche Erfahrungen zurück, erstens auf die Erfahrungen, die man im Rahmen des **internationalen Krisenengagements** gesammelt hat. Es gab ein eklatantes Defizit bei den Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention und Friedenskonsolidierung. Daraus sind seit 1998 erhebliche Schlussfolgerungen gezogen worden. Das ZIF ist nur ein Beispiel von vielen. Ein anderes Beispiel ist der Zivile Friedensdienst. (D)

Die zweite Erfahrung: Es kam darauf an, nicht nur einzelne Maßnahmen und Instrumente, sondern auch neue Fähigkeiten systematisch zu entwickeln. Dies ist der Ansatz des Aktionsplans. Es kommt darauf an, die ganze Politik der Bundesregierung an dieser **Querschnittsaufgabe** auszurichten.

Das Echo vor zwei Jahren auf den Aktionsplan war deutlich gespalten. In der Fachwelt sah man ihn sehr positiv und war zustimmend, in der Öffentlichkeit lag die Reaktion praktisch bei null. Das muss man so deutlich sagen.

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass der Ansatz der zivilen Krisenprävention und Friedenskonsolidierung aktueller denn je ist. Wir erinnern uns an die zunehmende Ernüchterung in den letzten Wochen und Monaten, die alle angesichts der **Auslandseinsätze** packt. Wir sehen immer deutlicher die Grenzen dieser Auslandseinsätze und merken, dass es von ganz entscheidender Bedeutung ist, dass die

- (A) zivile Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung mit einer ganz anderen Intensität vorangetrieben werden.

Es reicht nicht aus, wenn wir als Parlament diesen Bericht jetzt nur wohlwollend zur Kenntnis nehmen. Das kennen wir bereits aus dem militärischen Bereich, Herr Staatssekretär Schmidt, wenn zu Recht ein „wohlwollendes Desinteresse“ an der Bundeswehr beklagt wird. Das wollen wir nicht. Es kommt darauf an, dass die Bundesregierung mit diesem Bericht konstruktive Kritik und vor allem Rückenstärkung bekommt.

Hier möchte ich zunächst einmal bestimmte Punkte ansprechen, bei denen ich politischen Klärungsbedarf sehe; es gibt noch andere, aber diese sind mir besonders wichtig. Erstens dominiert im Überprüfungsbericht der große Bereich der so genannten Konfliktnachsorge. Wir müssen aufpassen, dass wir die **Primärprävention**, die um einiges schwieriger ist, darüber nicht vernachlässigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens ist das zivil-militärische Verhältnis, die **zivil-militärische Zusammenarbeit** zu klären. Sie wird im Überprüfungsbericht sehr stark aus der Perspektive des Militärischen geschildert. Hier ist es wichtig, auch die Perspektive der anderen einzubeziehen. Da muss deutlich nachgearbeitet werden.

(B)

Schließlich nenne ich das Nebeneinander der verschiedenen Grundlagendokumente der Bundesregierung in diesem Bereich: **Aktionsplan und Weißbuch**. Staatsminister Erler, Sie haben das angesprochen. Ich habe – im Gegensatz zu Ihrer offiziellen Einschätzung – den Eindruck, dass beide Dokumente sehr unverbunden nebeneinander stehen. Im letzten Anlauf sind sozusagen noch einzelne Andockstellen eingebaut worden, aber insgesamt ist das noch kein Ausdruck **integrierter Außen- und Sicherheitspolitik**, die wir uns inzwischen auf die Fahnen geschrieben haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hellmut Königshaus [FDP]: Das ist wahr!)

Wo gibt es Verstärkungsbedarf? Erstens braucht der Ressortkreis mehr Steuerungskompetenz. Das ist von ganz entscheidender Bedeutung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Da kann, glaube ich, helfen, dass der Ressortkreis einen Ressourcenpool mit „neuem“ Geld zugeordnet bekommt, wodurch

ressortübergreifende Maßnahmen gefördert werden. (C)

Zweitens brauchen wir – das kennen wir im militärischen Bereich seit Jahren; das ist dort eine Selbstverständlichkeit – zivile **Planziele**. Mit wie vielen Friedensfachkräften muss die Bundesrepublik für eine effektive Krisenbewältigung im Rahmen von Friedensmissionen beitragen? Ich nenne das Stichwort Sicherheitssektorreform. Wir müssen uns – auch bezüglich der Polizei – auf Zahlen einigen, die wir anstreben wollen. Wir müssen auch zu einer schnellen Verfügbarkeit dieser Kräfte kommen. Das ist im Personalgesetz angesprochen. Da müssen wir schnell zu Potte kommen.

Von ganz entscheidender Bedeutung ist – der Redner der FDP hat es angesprochen –, dass wir eine deutliche Aufstockung der entsprechenden Haushaltstitel brauchen.

(Beifall des Abg. Hellmut Königshaus [FDP])

Hier bekommen wir für wenig Geld viel Extrakt.

Als Letztes komme ich zum Schlüsselprojekt. Bisher gibt es eine schlimme Unsichtbarkeit dieses Politikansatzes. Bei Google zum Beispiel gibt es zum Aktionsplan – er ist inzwischen seit zwei Jahren auf dem Markt – ungefähr 28 700 Treffer, das Weißbuch – es ist seit zwei Monaten auf dem Markt – erzielt dort über 125 000 Treffer. Dies ist ein riesiger Unterschied. Daran muss gearbeitet werden. (D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege!

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, ich komme zum Schluss.

Im Umsetzungsbericht ist von einer **Kommunikationsstrategie** die Rede. Sie muss jetzt schleunigst angegangen werden. Es kann nicht wie in der Vergangenheit sein, dass über Jahre das Geld fehlt, um den Aktionsplan zum Beispiel als Broschüre bekannt zu machen.

Zusammengefasst: Krisenprävention ist in jeder Hinsicht sehr kostensparend, aber es gibt sie nicht zum Billigtarif.

Ich danke Ihnen. Gute Feiertage!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort hat die Kollegin Uta Zapf, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(A) **Uta Zapf (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist hier schon eine Menge zu den Inhalten und zu den Perspektiven gesagt worden. Ich würde ganz gern – weil ich glaube, dass das notwendig ist – etwas zur Geschichte und zur **Entstehung dieser neuen Politik** und dieser neuen Strukturen hier im Deutschen Bundestag beitragen. Ich gebe meinem Kollegen Nachtwei Recht: Das alles ist ziemlich im Verborgenen geschehen. Umso froher bin ich, dass es in reale Politik umgesetzt worden ist. Denn es ist in der Tat mit Händen zu greifen, dass es einen **Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik** gegeben hat – und zwar nicht nur national, sondern auch auf den anderen Ebenen, bei der EU, der OSZE und den UN.

Es ist traurig, dass zum Beispiel der Kollege Paech, der jetzt leider nicht mehr anwesend ist, vorhin bei der Debatte über „AMIS“ in völliger Unkenntnis dieser neuen politischen Entwicklungen mit Blick auf die Mission, die wir eben verlängert haben, wieder nur von militärischer Intervention gesprochen und gesagt hat, man müsse auf zivile und diplomatische Mittel zurückgreifen und dann wäre alles in Ordnung. Das ist ein offensichtlich völlig blinder Fleck in der Wahrnehmung von manchen Leuten; ob das nun bewusst geschieht oder nicht, weiß ich nicht. Es ist wirklich höchste Zeit, dass man genau auf das schaut, was wir seit den Balkankriegen, seit Srebrenica, seit Ruanda und seit Darfur entwickelt haben, um es nicht so weit kommen zu lassen. Dass das noch nicht in vollem Umfang Früchte trägt, das, denke ich, weiß jeder hier in diesem Hause. Auch dass es nicht ohne militärische Mittel und Unterstützung geht, diese Erkenntnis haben wir allmählich gewonnen.

Ich will auch noch zu Ihrem Redebeitrag, Herr Königshaus, etwas sagen. Ich bin von Ihrer Rede etwas enttäuscht. Ich erlebe Sie in dem Beirat als einen sehr auf diese Politikinhalte eingehenden Kollegen, der daran sehr interessiert ist. Sie haben nun aber eine Kritik an der Entwicklungsministerin geäußert, die ich für völlig unangemessen halte. Sie haben außerdem kritisiert, dass sie heute nicht da ist. Wo ist denn Ihre Fraktionsspitze? Wo sind denn, bitte, Herr Hoyer, Herr Gerhardt, Herr Westerwelle? Aber auch wir bekleckern uns in dieser Beziehung nicht gerade mit Ruhm. Wenn Sie sich umschauchen, merken Sie: Wir sind schlicht und ergreifend unterbesetzt.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Das ganze Haus ist nicht stark!)

Es ist auch ein schlechter Zeitpunkt für diese Debatte.

Ich wollte etwas zur Vorgeschichte dieses Politikfeldes sagen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat vor über zehn Jahren angefangen, an diesem Thema zu arbeiten. Wir haben eine Anhörung im Auswärtigen Ausschuss am 25. Mai 1994 veranlasst; das ist tatsächlich schon so lange her. Diese Anhörung haben wir in der Fraktion ausgewertet und haben im Februar 1997 einen Antrag im Deutschen Bundestag gestellt. Er ist natürlich nicht auf Resonanz gestoßen; das ist klar. 1998 haben wir diese Prinzipien in der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün niedergeschrieben. Von diesem Zeitpunkt an ist von der rot-grünen Regierung eine Entwicklung vorangetrieben worden, die wir Parlamentarier stark unterstützt haben. Im Juni 2000 hat Rot-Grün einen Antrag eingebracht, der viele Elemente enthalten hat, die heute von der aktuellen Politik umgesetzt werden. Darin waren enthalten: die Ausbildung für Menschen, die wir in Krisengebiete entsenden; die Forderung nach **Schaffung eines Zentrums für internationale Friedenseinsätze**. Das alles ist umgesetzt worden. Das ist eine gute Entwicklung. Wenn wir beklagen, dass noch nicht alles verwirklicht worden ist, möchte ich darauf hinweisen, dass vieles, was auch eine Veränderung in den Strukturen bedeutet, gewöhnungsbedürftig ist und dass es Zeit braucht, bis es angenommen wird.

In der neuen Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD sind diese Prinzipien enthalten. Ich beklage nicht, dass das im Weißbuch noch nicht in allen Kapiteln der Fall ist. Vielmehr bin ich ganz froh, dass im ersten Entwurf des Weißbuchs überhaupt davon die Rede ist, im Rahmen der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik verstärkt zivile Instrumente einzusetzen. Ich muss in diesem Zusammenhang an Boutros Boutros-Ghali denken, der im Jahre 1992 die **Agenda for Peace** ins Leben gerufen hat. Wir haben mit diesem Bericht den ersten konkreten Schritt zur Umsetzung dieser Agenda gemacht.

Ich möchte noch einen zweiten Aspekt ansprechen. Wir befassen uns mit diesem Thema nicht nur im kleinen Kreis, sondern wir haben es auch auf die europäische Ebene transportiert. Diese Vorschläge sind auf dem Europäischen Rat in Köln im Jahre 1999 unter deutscher Präsidentschaft zum ersten Mal eingebracht worden. Damals waren sie durchaus neu. Andere Länder, allerdings eher die Zwerge unter den europäischen Staaten, haben uns unterstützt. Aufgrund der Erkenntnis, dass neue Konflikte auch einen **neuen Sicherheitsbegriff** erfordern, haben sie diese Konzepte mitgetragen.

(A) Dieser Sicherheitsbegriff umfasst viel mehr als nur militärische Sicherheit. Wichtig ist, dass es fast keine zwischenstaatlichen Kämpfe mehr gibt. Im Jahre 2002 waren 32 von 33 Konflikten innerstaatliche Konflikte. Daran wird deutlich, dass wir andere Mittel brauchen. Deshalb ist es richtig, dass wir den Ressortkreis eingesetzt haben. Die Beratung all dieser Themen findet nun in einem Gremium statt. Wenn es dort hin und wieder holpert, ist das kein Wunder. Da in diesem Gremium der Finanzminister neben der Entwicklungsministerin und der Innenminister neben dem Außenminister sitzt und darüber hinaus auch der Verteidigungsminister anwesend ist, ist es schwierig, sich zu koordinieren. Aber wir sind auf dem Weg, für eine kohärente Politik zu sorgen.

Da wir dieses Thema auf die europäische Ebene transportiert haben und es dort verankert ist, verfügen wir über die entsprechenden Strukturen. Ich bin froh, dass im Konzept Deutschlands für die EU-Ratspräsidentschaft darauf hingewiesen wird, dass wir diese Prinzipien auch auf europäischer Ebene fördern wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich empfehle Ihnen, den vorliegenden Bericht und den Aktionsplan an den Weihnachtsfeiertagen zu lesen. Man kann viel daraus lernen. Das sollten wir auch tun. Wir sollten zum Beispiel noch mehr Interesse für eine Politik entwickeln, die dazu beiträgt, die zivile Krisenprävention zu etablieren, und wir sollten uns dafür einsetzen, dass neue Strukturen gefördert und alte evaluiert werden.

(B)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Frau Kollegin.

Uta Zapf (SPD):

Das Stichwort „lessons learned“ ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Wir müssen, zum Beispiel in Bezug auf unser Engagement in Afghanistan, überprüfen –

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das können Sie jetzt aber nicht mehr im Einzelnen erläutern.

(Heiterkeit)

Uta Zapf (SPD):

– ich bin sofort fertig –, was wir falsch und was wir richtig gemacht haben. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe, die noch vor uns liegt.

Fröhliche Weihnachten, ein glückliches neues Jahr und Frieden!

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Kollegin Heike Hänsel, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN – Norbert Königshofen [CDU/CSU]: Jetzt ist Schluss mit Frieden!)

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Königshaus, ich war davon ausgegangen, dass alle Abgeordneten, die zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen wollten, ihre Reden zu Protokoll geben. Als ich erfahren habe, dass sich das geändert hat, habe ich mich, weil dieses Thema sehr wichtig ist, nachnominieren lassen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nachnominieren? Das ist ja wie bei der Fußball-WM!)

Eines muss ich Ihnen gleich zu Beginn sagen: Weder durch die Präsenz im Beirat noch dadurch, dass man hier eine Rede hält, leistet man einen nachhaltigen Beitrag zur **Friedenspolitik**. Das glauben Sie hoffentlich nicht im Ernst! Dafür sind größere Anstrengungen notwendig. Ich zum Beispiel war als Anhängerin der Friedensbewegung jahrelang auf der Straße, habe viele Krisenregionen besucht und mich für die Nutzung von Instrumenten der zivilen Krisenprävention eingesetzt. Die Politik der Bundesregierung war nämlich eine andere. Wenn Sie glauben, dass Sie mit einer Rede die Welt verändern können, dann muss ich Ihnen sagen: Das ist völlig unrealistisch. Entscheidend ist, dass wir aktiv sind und Initiativen ergreifen.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Damit komme ich zum Knackpunkt des Konzeptes der zivilen Krisenprävention. Dieser Aktionsplan wurde von Friedensgruppen und von entwicklungspolitischen Organisationen erst einmal begrüßt. Aber es gab schon bei der Formulierung einige Kritik an der inhaltlichen Ausrichtung. Mehrere Bereiche, die wir kritisieren, wurden genannt. Zentraler Kritikpunkt ist der **Sicherheitsbegriff**, der dem Aktionsplan zugrunde liegt und den Sie auch erwähnt haben, Frau Zapf. Für uns ist ganz klar: Solange wir in Deutschland von einem Sicherheitsbegriff ausgehen, zu dem eine militärische Absicherung des Zugangs zu Ressourcen zählt, sind wir ein Teil des Problems, nicht der Lösung.

- (A) (Beifall bei der LINKEN – Uta Zapf [SPD]: Ich empfehle Ihnen, einmal den Aktionsplan zu lesen!)

Zivile Krisenprävention macht überhaupt nur Sinn als Teil einer aktiven Friedenspolitik, die von der Bundesregierung formuliert werden muss. Sie kann eine militärische Politik nicht abfedern, sie kann kein Beiwerk sein. Man kann nicht Jugoslawien bombardieren und dann einfach ein paar zivile Friedenskräfte in die Region schicken; diese Arbeitsteilung funktioniert nicht. Deswegen fordern wir einen Wechsel in der Grundausrichtung der deutschen und europäischen Außenpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir erleben zunehmend eine Vermischung des Zivilen und des Militärischen. So etwas liegt auch diesem Aktionsplan zugrunde: Es werden zunehmend **zivil-militärische Instrumente** formuliert. Für mich als Mitglied des Ausschusses für Entwicklungspolitik ist es ein Widerspruch in sich, zu behaupten, militärische Instrumente könnten einen Beitrag zu ziviler Krisenprävention leisten. **Zivile**

Krisenprävention muss – das ist der Anspruch an uns – zivil formuliert werden. Wir müssen die zivilen Instrumente entsprechend ausstatten, ja erst entwickeln. Ich glaube, in vielen Bereichen fehlt schlicht die politische Fantasie, was es alles an zivilen Instrumenten geben kann. Mit welcher Intensität, mit welchen finanziellen Ressourcen wird unsere Armee, wie auf europäischer Ebene formuliert, in eine **Interventionsarmee** umgebaut! Das steht in keinem Verhältnis zur Bedeutung ziviler Instrumente, geschweige denn zu ihrer angemessenen finanziellen Unterstützung. Wir sagen: Wir brauchen ganz andere Instrumente. Im Grunde müssen wir das Ministerium für Verteidigung in ein Ministerium für zivile Krisenprävention umbauen. Denn es geht überhaupt nicht mehr um Landesverteidigung – wir betreiben eine Politik der militärischen Intervention.

(Beifall bei der LINKEN – Uta Zapf [SPD]: Keine Ahnung!)

Ein richtiger Schritt wäre es, zu sagen: weg von diesen Militärhaushalten und weg von Rüstungsexporten! Der beste Beitrag zu ziviler Krisenprävention sind internationale Abrüstung und ein Stopp aller Rüstungsexporte.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein weiterer wichtiger Punkt: Wir müssen uns auch Gedanken über unseren

Ressourcenverbrauch machen. Es ist ein integraler Bestandteil ziviler Krisenprävention, das Energiesystem umzustellen. Auch da sind die Ansätze der Bundesregierung viel zu zaghaft. Es gibt sogar Stimmen, die in eine ganz andere Richtung gehen, und das, obwohl ganz klar ist, dass die Umstellung des Weltenergiesystems ein entscheidender Beitrag zu ziviler Krisenprävention ist. Das betrifft auch die **Handelspolitik**. Wir haben gerade über die Doharunde gesprochen. Solange wir ein Handelssystem und ein Energiesystem haben, die die Ursachen für Konflikte sind, die weltweit entstehen, und die diese Dynamik auch noch verstärken, ist die zivile Krisenprävention marginalisiert. Deswegen setzen wir uns für einen grundsätzlichen Politikwechsel ein.

Mein letzter Punkt – auch das kommt viel zu kurz, dabei ist es sehr wichtig – sind die Akteure und Akteurinnen. Es geht darum, **Partizipation** zu organisieren. Viel mehr Menschen müssen in die Suche nach Lösungen für eine zivile Krisenprävention einbezogen werden. Wir haben solche Kapazitäten, wir haben umfassende Kompetenz in unserem Land, außerhalb dieses Parlaments, nämlich bei den Friedensgruppen und auch vor Ort in den Krisenregionen. Wir besuchen die Mitarbeiter Jahr für Jahr vor Ort, in vielen Ländern. Es gibt viel zu wenig Unterstützung für diese Friedenskräfte, die in diesen Ländern unter schwierigen Bedingungen arbeiten. Das betrifft zum Beispiel den Nahen Osten. Wir geben sehr viel Geld aus für unsere UNIFIL-Beteiligung. Die israelischen Friedenskräfte, die libanesischen Friedenskräfte, die palästinensischen Friedenskräfte haben keine vergleichbare Unterstützung. Wir müssen die Menschen in diesen Regionen unterstützen. Das ist für mich ein ganz konkreter Beitrag zu ziviler Krisenprävention.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/1809 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.